

Kein freies Gedenken mehr. Die Staatsmacht kontrollierte, wer wie gekleidet und mit welchen Accessoires ausgestattet an den Sieg über den Faschismus erinnern wollte (Polizisten am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow, 9. Mai 2022)



IMAGO/BERND ELMENTHALER

# Erinnerungspolitischer Roll-Back

Desinformation und Geschichtsrevisionismus. Das Gedenken zum »Tag der Befreiung« nach der »Zeitenwende«. **Von Ulrich Schneider**

Zum ersten Mal seit Jahren haben auch die bürgerlichen Medien den »Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg« und den »Tag des Sieges« in gebührendem Umfang wahrgenommen. Es gab keine Zeitung, keine Fernsehanstalt, die nicht über dieses Gedenken berichtet hätte. Doch mit dieser Feststellung ist die positive Seite der Sache auch schon erschöpft. Alles Weitere lässt sich eher unter dem Stichwort eines geschichtspolitischen Roll-backs bzw. der Instrumentalisierung von Geschichte in russophober Perspektive einordnen.

## Kremlastrologie

Ein Musterbeispiel medialer Desinformation lieferte die Berichterstattung über den 9. Mai in Moskau. Das dortige ARD-Studio berichtete bereits zuvor, dass man in der ganzen Stadt rote Fahnen und Banner mit der Aufschrift »Pobeda« – »Sieg« sehe. Auffällig sei, dass anders als sonst die Jahreszahlen fehlten. Es gehe dem Kreml scheinbar nicht mehr nur um den Sieg über Hitlerdeutschland. Besonders erwähnenswert fand der Sender, dass acht Kampffjets in Z-Formation über den Roten

Platz fliegen sollen. Ebenso wie eine Iljuschin 80, die im Falle eines Nuklearkrieges als fliegender Gefechtsstand diene – scheinbar ein Beleg der behaupteten Atomkriegsdrohung.

Mitte April verbreitete das Portal *Business Insider* ein »vertrauliches Papier aus dem NATO-Hauptquartier«: Die westlichen Staaten rechneten damit, dass die russischen Streitkräfte in der Ukraine »höchstwahrscheinlich unverhältnismäßige Gewalt anwenden«, um militärische Erfolge in den umkämpften Gebieten zu erzielen, »um den von Präsident Putin geforderten Sieg rechtzeitig für dessen Rede zum Tag des Sieges am 9. Mai zu liefern«. (*Merkur*, 24.4.2022) Die *Südwest-Presse* stimmte ihre Leser Anfang Mai in der Onlineausgabe auf folgende dramatische Entwicklung ein: »Experten gehen davon aus, dass er (Putin) den Tag nutzen wird, um im Ukraine-Krieg einen neuen Schritt zu verkünden. Was das genau sein könnte, ist schwer vorauszusagen. In der Ukraine gibt es Sorge vor einer deutlichen Ausweitung russischer Angriffe. Einem Bericht des US-Senders *CNN* zufolge könnte Kremlchef Wladimir Putin bereits in wenigen Tagen in Russland den Kriegszustand verhängen und eine Generalmobilisierung anordnen.«

Immer wieder wurde auch behauptet, Russland wolle sich mit dem Gedenken die Leistungen der sowjetischen Streitkräfte bei der Befreiung »aneignen«. In einem Propagandavideo, das ihn auf einem menschenleeren Boulevard zeigte, durfte auch der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskiy diese Botschaft über die westlichen Medien verbreiten. Kein Journalist fragte nach, wie ein solcher Vorwurf zu beurteilen sei, wo doch die ukrainische Staatsmacht in den vergangenen Jahren im eigenen Land diejenigen, die den 9. Mai als Tag des Sieges begehnen wollten, mit Repressalien belegte und ukrainische Medien diese Menschen öffentlich als »russlandhörig« anprangerten.

Nach den Feierlichkeiten und der Ansprache des russischen Präsidenten konnte man die Enttäuschung der Journalisten fast schon mit Händen greifen. Die Konsequenz war, dass in den Medien kein Wort seines Danks an die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges und das würdige Erinnern an den mit Millionen Kriegsoffern erlangten Sieg der sowjetischen Völker zu lesen war, nur dass Putin die NATO für den Krieg in der Ukraine verantwortlich gemacht habe. Damit von der Veranstaltung ja kein guter Eindruck zurückbliebe, spekulierte man über die Absage

der angekündigten Flugschau. Dass sie mit einem tatsächlich aufziehenden Gewitter zu tun gehabt haben könnte, glaubte natürlich kein seriöser Journalist.

## Ausladungen

Auch die mediale Vorbereitung auf das Gedenken hierzulande hatte eine neue Qualität. Nicht einmal zum 3. Oktober konnte man in der bundesdeutschen Öffentlichkeit eine solch einheitliche Instrumentalisierung von Geschichte erleben wie zum Befreiungstag in diesem Jahr. Den Auftakt dazu machten interessanterweise die Einrichtungen, die dazu prädestiniert wären, einen sachlichen und historisch angemessenen Umgang mit der Erinnerung an die sowjetischen Opfer des Vernichtungskrieges und die Befreiungsleistung der Roten Armee zu pflegen, nämlich die KZ-Gedenkstätten und Erinnerungsorte an die Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlager. Zuerst durch die Gedenkstätte Lager Sandbostel, dann in einem abgestimmten Verfahren unter allen großen Gedenkorten wurde die Ausgrenzung von staatlichen Vertretern der russischen Föderation und aus Belarus beschlossen.

Der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald Jens-Christian Wagner erklärte in einer Stellungnahme: »Nach dem gewaltsamen Tod unseres Freundes Boris Romantschenko wäre es für uns (...) eine unerträgliche Vorstellung, am Jahrestag der Lagerbefreiung offizielle Vertreter der russischen und der belarussischen Regierung, die für seinen Tod verantwortlich sind, in Mittelbau-Dora und Buchenwald willkommen zu heißen. Wegen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine werden Hunderte weitere KZ-Überlebende existentiell bedroht (...). Die russische und die belarussische Regierung stehen nicht für die Menschen aus der Sowjetunion, die maßgeblich zum Sieg über den Nationalsozialismus beigetragen haben. Um deutlich zu machen, dass wir an den Gedenktagen aller Opfer von Buchenwald und Mittelbau-Dora gedenken, insbesondere auch der ehemaligen russischen, belarussischen und ukrainischen Häftlinge, die zusammen etwa 30 Prozent aller Gefangenen ausmachten, werden wir selbst Kränze mit Kranzschleifen in den Landesfarben von Russland und Belarus niederlegen lassen.« Dass man es in Buchenwald nicht bei der Ausladung beließ, sondern auch noch einen Eklat um die Flagge von Belarus produzierte, sei nur am Rande erwähnt.

Wenig später schrieb die Gedenkstätte Neuengamme gemeinsam mit der Amicale Internationale Neuengamme den Botschaften der Russischen Föderation und von Belarus sowie den konsularischen Vertretungen, dass Repräsentanten aus diesen beiden Staaten »aufgrund der Führung respektive Billigung eines Angriffskrieges und weiterer Verletzungen des Völkerrechts« bei den Gedenkveranstaltungen nicht willkommen seien. Trotz dieses Affronts gegen Russland und Belarus war die ukrainische Generalkonsulin in Hamburg immer noch nicht zufrieden. In einem Interview mit der *Hamburger Morgenpost* kritisierte Iryna Tybinka, dass im Programm der Gedenkfeier auch ein Beitrag mit »Stimmen aus der ukrainischen/russischen Zivilgesellschaft« vorgesehen sei. Im Stile des anmaßenden Auftretens des ukrainischen Botschafters Andrij Melnyk glaubte sie, der Gedenkstätte Vorschriften machen zu können, wie »angemessenes« Gedenken auszusehen habe. Das ging selbst der Gedenkstätte Neuengamme zu weit: »Wenn offizielle Regierungsvertreter aus Russland und Belarus bei den Gedenkveranstaltungen nicht willkommen sind, heißt dies nicht, dass KZ-Opfer aus diesen Ländern nicht geehrt würden, ganz im Gegenteil: Sie werden eine zentrale Rolle spielen. Zudem werden wir explizit daran erinnern, dass die ehemalige Sowjetunion neben Polen die Hauptlast des deutschen Raub- und Vernichtungskrieges getragen hat und dass es maßgeblich auch der Roten Armee zu verdanken ist, dass Deutschland und Europa von der nationalsozialistischen Herrschaft befreit wurden.«

### Notwendige Unterscheidung

Im Gegensatz zu dieser Haltung der Gedenkstättenleitungen sah die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) »in einem solchen Verhalten nicht nur ein falsches politisches Signal, sondern einen Affront gegenüber den sowjetischen Opfern und ihren Angehörigen. Wir fragen uns«, heißt es in der Erklärung der FIR weiter, »wie man beispielsweise der Befreiung des KZ Sachsenhausen gedenken will, wenn Repräsentanten der Streitkräfte, die die militärische Befreiung ermöglicht haben, ausgeschlossen werden. Das erinnert uns fatal an die Haltung der polnischen Regierung vor wenigen Jahren, als Vertreter Russlands von den Feierlichkeiten zur Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz ausgeschlossen wurden und ein polnischer Minister sich zu der absurden Behauptung verstieg, Auschwitz sei von der Ukraine befreit worden, weil Soldaten der 2. Ukrainischen Front am 27. Januar 1945 das Vernichtungslager erreichten.«

Auch der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN–BdA) war es in diesem Zusammenhang wichtig, zwischen der notwendigen Verurteilung des Kriegs in der Ukraine und der Erinnerung an die Toten des deutschen Faschismus deutlich zu unterscheiden. Die Rote Armee habe als Teil der Antihitlerkoalition den

entscheidenden militärischen Beitrag zur Befreiung auch unseres Landes von der faschistischen Barbarei geleistet. Und in dieser Armee der Sowjetunion kämpften Seite an Seite Russen, Ukrainer, Vertreter aller Völker der Sowjetunion. Beide Organisationen warnten damit vor einer Instrumentalisierung der Erinnerung und einer parteiischen Erwägungen unterworfenen Erinnerung an den 8. Mai. Wie recht sie mit ihren Warnungen hatten, zeigten die folgenden Wochen.

### Schmierereien

Schon Anfang April spekulierten Grünen-Politiker in der *Taz* über »Ausschreitungen« am 9. Mai, und malten das Schreckensbild eines Aufmarsches von Putin-Freunden an den Gedenkorten der sowjetischen Befreier an die Wand, dem unbedingt Einhalt geboten werden müsse. Doch die ersten Reaktionen zeigten nicht »Putin-Freunde«, sondern Neonazis – welcher Nationalität auch immer. Anfang April 2022 wurde das Ehrenmal für die sowjetischen Soldaten im Treptower Park in Berlins großflächig mit englischsprachigen Parolen und Hakenkreuzen beschmiert.

Obwohl nach dieser Schändung des sowjetischen Gedenkortes die Überwachung der Gedenkstätte verstärkt wurde, kam es in den folgenden Tagen zu weiteren Schmierereien, die von den Medien verharmlosend als »Protest gegen den Krieg in der Ukraine« abgetan wurden. So wurde eine Stele, die sowjetische Kriegopfer zeigt, mit der Aufschrift »Fascists« verunstaltet. Dass die Provokateure mit solchen Schmierereien selbstverständlich auch die Erinnerung an die ukrainischen Soldaten der Roten Armee schänden, macht deutlich, dass es hier nicht um eine »Antikriegsaktion« geht, sondern um den Versuch der Abwicklung von Erinnerungsorten – insbesondere in Berlin. Solche Attacken auf Denkmäler für die sowjetischen Streitkräfte, für die Opfer der Roten Armee und die Befreiungsleistung 1945 waren im April 2022 auch an weiteren Orten im brandenburgischen Umland von Berlin zu verzeichnen, z. B. bei der Grabanlage für 400 sowjetische Soldaten auf dem Potsdamer Bassinplatz, – dort wurde das Ehrenmal mit roter Farbe übergossen –, oder in Neubrandenburg.

Einen besonderen Beitrag zur geschichtlichen Abwicklung leistete mal wieder die Berliner CDU. Stefanie Bung, Fraktionsvize im Berliner Abgeordnetenhaus, erneuerte den vor einigen Jahren bereits von *Bild* gemachten Vorstoß, die Panzer des Sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Tiergarten entfernen zu lassen. Sie begründete ihre Forderung mit dem Hinweis, die dort gezeigten Panzer seien in Zeiten der russischen Aggression gegen die Ukraine nicht mehr zeitgemäß, als stünden dort Panzer der russischen Armee. Mit dieser Demontage will die CDU nicht gegen den Krieg protestieren, sondern Geschichte entsorgen. Samt der Verbrechen der Wehrmacht, die auch in der Ukraine begangen wurden. Etwas mehr Realismus zeigte CDU-Generalsekretär Mario Czaja, der kommentierte, dass es sich bei den Denkmälern für die sowjetischen Befreier nicht um russische Erinnerungsorte handele. Vielleicht war ihm auch bewusst, dass eine Demontage sowjetischer Ehrenmale völkerrechtliche Vereinbarungen verletzen würde, hatte sich doch die BRD im Zuge der Vereinigungsverträge zum Erhalt sowjetischer Ehrenmale und Kriegsgräberstätten verpflichtet.

Dass aber Erhalt nicht automatisch Wertschätzung bedeuten muss, machte Jörg Morré, der Direktor des Museums Berlin-Karlsdorf deutlich. Man solle die Denkmäler zwar bestehen lassen, aber in einen anderen Zusammenhang stellen. Was er darunter versteht, zeigte die Einrichtung selber. Die per Staatsvertrag mit der Russischen Föderation begründete Institution hatte schon im März den Namen »Deutsch-Russisches Museum« verdeckt. Nun firmiert das Museum nur noch unter dem Namen »Museum Berlin-Karlsdorf«, als sei es ein beliebiges Heimatmuseum.

### Verbote

Je näher der 8. Mai rückte, desto dramatischer wurde die mediale Berichterstattung. Hatte bereits ein Autokorso in Berlin für bundesweite Medienresonanz gesorgt, warnte jetzt sogar der

Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, vor prorussischen Propagandaaktionen am 9. Mai. In Springers *Welt am Sonntag* (7. Mai 2022) schwadronierte er: »Die Lage könnte sich rund um den Jahrestag des Sieges über Nazideutschland gefährlich zuspitzen. Besonders aufgeheizt scheint die Stimmung in Berlin.« Denn der 9. Mai sei ein »ideales Datum, um für russische Propaganda ausgenutzt zu werden«. Er warnte vor »Nachtwölfen« aus Moskau und einem Bedrohungsszenario: »Im Internet kursierten Gerüchte über angeblich geplante Anschläge auf prorussische Personen und Veranstaltungen in Deutschland. Diese vermutlich bewusst gestreuten Gerüchte könnten auch der Vorbereitung sogenannter False-Flag-Aktionen dienen.« Die deutschen Sicherheitsbehörden würden mit Sorge auf das Wochenende blicken, so der VS-Präsident.

Wer solche Horrorbilder an die Wand malt, der will erkennbar jedes würdige Gedenken und die gesellschaftliche Erinnerung an die sowjetischen Soldaten, ihre großen Opfer und deren Befreiungsleistung bei der Zerschlagung der Nazidiktatur als Teil der Antihitlerkoalition verhindern. Der »rot-grün-rote«-Berliner Senat verhielt sich demgemäß. Mit einer »Allgemeinverfügung« für den Zeitraum vom 8. Mai, sechs Uhr früh, bis zum 9. Mai, 22 Uhr, wurde das öffentliche Zeigen der sowjetischen Flagge an 15 einzeln ausgewiesenen Arealen verboten und die Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Nicht gestattet waren das Tragen von militärischen Uniformen oder Teilen von Uniformen, das Tragen von militärischen Abzeichen sowie »das Zeigen von Symbolik und Kennzeichen, die geeignet seien, den Russland-Ukraine-Krieg zu verherrlichen«.

Bezeichnet ist die Liste der »verbotenen Orte«. Dass dazu das Ehrenmal im Treptower Park, dasjenige in Berlin-Tiergarten sowie der historische Saal in Berlin-Karlsdorf gehörten, überrascht nicht. Ebenfalls in das Verbot einbezogen wurden das als »Haus der Befreiung« bekannte Gebäude an der Landsberger Allee, das am 21. April 1945 als erstes Haus auf Berliner Boden von Soldaten der Roten Armee erreicht worden war, sowie die Gedenktafel für den ersten Stadtkommandanten Nikolai Bersarin in der Petersburger Straße. Selbst kleinere Gedenkort wie das Mahnmal für die Naziopfer am Rathauspark im Ortsteil Wittenau oder die Mosaiksäule »Deutsch-sowjetische Freundschaft« an der Walter-Felsenstein-Straße wurden aufgelistet.

### »Tag der Kapitulation«

Medienvertreter walzten am 9. Mai in Berlin jeden noch so kleinen Konflikt zwischen russischen und ukrainischen Menschen, die an diesem Tag im Gedenken auf der Straße waren, öffentlich aus, nicht um ihrer »Berichtspflicht« nachzukommen, sondern um unter spektakulären Bildern das tatsächliche würdige historische Erinnerung verschwinden zu lassen. Oder wie ist es sonst zu verstehen, dass Kranzniederlegungen und andere Formen der Erinnerungen, an denen z. B. auch Vertreter der russischen Botschaft teilnahmen, in der medialen Berichterstattung keine Rolle spielten – oder nur dann, wenn man glaubte, »russische Rocker« unter den Teilnehmenden ausgemacht zu haben? Auf der Webseite der russischen Botschaft konnte man Bilder und eine zurückhaltende Kommentierung finden – aber das waren wahrscheinlich nur »Fake News«.

Solche Repressalien dienen einem geschichtspolitischen Roll-back, der die Erinnerung an die Befreiungsleistung der sowjetischen Streitkräfte als Teil der Antihitlerkoalition aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängen soll. Es geht also um Entsorgung der Geschichte der Naziverbrechen und eine Verschiebung des erinnerungspolitischen Koordinatensystems. Dem entsprach auch das öffentliche Auftreten der politischen Repräsentanten. Zwar verknipte sich Außenministerin Annalena Baerbock die geschichtspolitische Provokation, am 9. Mai Präsident Selenskiy zu besuchen, aber andere Regierungsvertreter wurden deutlich genug. Es gab zwar keinen Staatsakt, aber Bundeskanzler Olaf Scholz verkündete in seiner »Rede an die Bevölkerung« zur besten Sendezeit, warum seine Konsequenz aus dem 8. Mai 1945 Waffenlieferungen an die

Ukraine seien. Der Verweis auf »Nie wieder Krieg!« geriet ihm dabei zu einer Rechtfertigung der NATO-Politik. Der FDP-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Christian Lindner sprach in einem Interview mit der Funke-Mediengruppe über den 8. Mai als »Tag der Kapitulation«, als habe es die Rede von Bundespräsident von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 nie gegeben. Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nutzte die Gelegenheit der Ansprache auf dem DGB-Kongress, um zu zeigen, dass mit dem Krieg in der Ukraine alle Maßstäbe der Erinnerung neu gesetzt werden müssten.

### Stalins Schuld

Einen besonderen Beitrag leistete – wie schon oft – die *Taz*, indem sie einer russischen »Disidentin« ausführlich Raum für schlimmsten Geschichtsrevisionismus einräumte. Julia Latynina durfte – in ihrem aus der *Nowaja Gaseta* übersetzten Artikel – die *Taz*-Leser mit der Erkenntnis überraschen: »Die tatsächliche Geschichte des Zweiten Weltkrieges ist, dass Stalin diesen Krieg geplant hatte, der die ganze Welt erfassen und erst enden sollte, wenn auch noch die letzte argentinische Sowjetrepublik ein Teil der UdSSR geworden sein würde. Er hatte diesen Krieg geplant – lange bevor Hitler an die Macht kam.«

Diese Aussage ist historisch so falsch und abwegig, dass man ihre Autorin als »durchgeknallte Rechte« abtun könnte. Die ernsthafte Frage lautet jedoch, warum ist solche Geschichtsklitterung in der *Taz*-Redaktion niemandem aufgefallen, bevor man diese »Stimme des anderen Russlands« abdruckte? Gibt es in der Redaktion der *Taz* tatsächlich Journalisten, die solchen revisionistischen Quatsch für »diskussionswürdig« erachten? Als sich *Taz*-Leser schockiert über den Beitrag äußerten, ruderte die Redaktion – zumindest in der Onlineausgabe – zurück. Unterschiede in den Erinnerungskulturen müssten bedacht werden, aber letztlich kam die Redaktion zu der Aussage: »Aber es gibt Grenzen. Revisionistische Legenden, die NS-Parolen ähneln, sprengen den offenen Dialog.« Gut so, könnte man meinen, wenn nicht zu befürchten wäre, dass im Leserdiallog diese klare Position doch noch einmal relativiert wird.

Ein optimistischer Ausblick zum Schluss. Neben solchen staatlichen und medialen Umdeutungen ist hervorzuheben, dass an diesem 8./9. Mai bundesweit zahlreiche Gedenk- und Erinnerungsveranstaltungen zum Tag der Befreiung vom Faschismus stattfanden. Es waren in aller Regel keine offiziellen Aktivitäten, sondern sie wurden organisiert und getragen von antifaschistischen Initiativen und Gruppen. Und es waren erfreulich viele junge Menschen bei diesen Aktionen zu sehen. Sie verbanden historisches Erinnern mit aktuellen Themen wie den Kampf gegen Neofaschismus, gegen Hochrüstung und Kriegspolitik, für eine antifaschistische Perspektive, die in der Losung zu finden ist: »Der 8. Mai muss Feiertag werden!« Die junge Generation lässt sich die Inhalte ihres Erinnerns erkennbar nicht vorschreiben. Das lässt hoffen.

■ Ulrich Schneider ist Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN–BdA). Er schrieb an dieser Stelle zuletzt am 29. September 2021 über das Massaker von Babi Jar.



**Kauf am Kiosk!**

**Lesen Sie in der morgigen Ausgabe:**

**Auf dem Weg in Diktatur**  
Vor 90 Jahren wurde Engelbert Dollfuß Bundeskanzler der Republik Österreich.  
Von Andreas Pittler